

An den Landrat

---

Niederurnen, 5. April 2011

### **Bericht zur Vorlage Anpassung Stellenplan (Stellen Stipendienwesen und Passbüro)**

Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Landrätliche Kommission Finanzen und Steuern behandelte die Vorlage Anpassung Stellenplan insbesondere die Stellen in Stipendienwesen und Passbüro an ihrer Sitzung vom 5. April 2011 in folgender Zusammensetzung:

Vorsitz: LR Thomas Kistler, Niederurnen

Mitglieder: LR Hans-Jörg Marti, Nidfurn  
LR Richard Lendi, Mollis  
LR Hanspeter Toggenburger, Linthal  
LR Karl Stadler, Schwändi  
LR Fredo Landolt, Näfels  
LR Fridolin Staub, Bilten  
LR Benjamin Mühlemann, Mollis

Ersatzmitglied: LR Hans Luchsinger, Nidfurn

Entschuldigt: LR Marianne Lienhard, Elm

An der Sitzung nahmen weiter teil:  
Dr. oec. Rolf Widmer, Regierungsrat, Vorsteher DFG  
Eva Schielly, Leiterin HA Personal und Organisation

Das Sitzungsprotokoll wurde von Frau Tanja Hagmann, Departementssekretariat Finanzen und Gesundheit, geführt.

Für die Bearbeitung standen der Kommission folgende Unterlagen zur Verfügung:

- LR-Antrag Anpassung Stellenplan vom 14.12.2010
- Kommissionsbericht zur Anpassung des Stellenplan vom 26.1.2011
- Memo der Hauptabteilung Justiz vom 28.1.2011
- Mail von GPK-Präsident LR H. P. Spälti vom 25.3.2011

## 1. Grundsätzliches und Eintreten

Anlässlich der letzten Kommissionssitzung fehlten Informationen und Unterlagen für die Stellenbegehren Stipendienwesen und Passbüro. An der Landratssitzung vom 26. Februar 2011 wurden darum aus dem Antrag des Regierungsrates vom 14. Dezember 2010 nur die Stellenbegehren für die Gerichte behandelt und auch genehmigt. Eintreten auf die Stellenbegehren Stipendienwesen und Passbüro war in der Kommission unbestritten.

## 2. Detailberatung

### 2.1. Stellenbegehren Stipendienwesen

Das Departement Bildung und Kultur beantragt eine Aufstockung des Stellenetats um 50% für die bessere Bearbeitung der Stipendienanträge. Aktuell sind dafür nur 10 Stellenprozent bewilligt.

Die GPK informierte die Kommission Finanzen und Steuern, dass sie im Rahmen einer Untersuchung betreffend Auswirkungen der Gemeindestrukturreform feststellen konnte, dass diese Stellenprozent nichts mit der Aufgabenentflechtung zu tun haben. Insbesondere hätten die in Frage kommenden Stelleninhaber auch deutlich andere Qualifikationen als für diese klar kaufmännisch orientierte Aufgabe. Die Revision des Stipendiengesetzes oder die Anzahl der Stipendiengesuche seien in diesem Fall entscheidender.

In der Voranzeige des Regierungsrates für die Landsgemeinde 2012 ist das neue Stipendienrecht nur als „eventuell“ erwähnt. Nachfragen bei der Departementsvorsteherin Christine Bickel haben ergeben, dass so ist, weil noch unklar ist, ob eine Gesetzesänderung oder eine Änderung der Verordnung ansteht. Die Grundlagen für das Stipendienwesen werden aber in jedem Fall eine Änderung erfahren. Möglich wäre auch ein Beitritt zu einem Konkordat. Aktuell geht das Spektrum vom Kanton Appenzell Ausserrhoden, der mit 130 Stellenprozent vor allem in die Beratungsleistungen investiert, und wenig Stipendien erteilt, bis zum Kanton Glarus, der aktuell hohe Stipendienbeträge auszahlt und dafür sehr wenig in Beratung investiert. Die Departementsvorsteherin geht jedenfalls davon aus, dass die zukünftige Lösung irgendwo dazwischen sein werde und damit auch zukünftig bestimmt mehr Personal als heute gebraucht werde. Dringend ist aber im Moment vor allem die Aufräumarbeit und Aktualisierung und korrekte Bearbeitung der anstehenden Stipendienanträge.

Angesichts der unklaren zukünftigen Entwicklung beantragt die Kommission einstimmig, eine Befristung der zusätzlichen 50 Stellenprozent bis Ende 2012. Dadurch sollte es möglich sein (allenfalls schon im Winter 2011/2012, wenn die zukünftige Lösung klar ist – spätestens nach der Landsgemeinde 2012), das definitive Stellenbegehren frühzeitig vor Fristablauf zu behandeln. Die Kommission ist sich der Problematik von befristeten Stellen bewusst. Allfällige Kandidaten bewerben sich auf solche Stellen eventuell gar nicht oder gehen vor Fristablauf weg, sobald sie eine unbefristete Stelle finden.

### 2.2. Stellenbegehren Passbüro

Das Departement Sicherheit und Justiz beantragt eine Aufstockung des Stellenetats um 40% im Zusammenhang mit der Einführung des biometrischen Ausländerausweises. Da die Einführung des biometrischen Ausländerausweises im Rahmen des Schengenabkommens per 24. Januar 2011 geschehen ist, hat das Departement kurzfristig Stundenlöhner (Praktikanten und Aushilfen) für den Übergang eingestellt. Das Passbüro verfügt aktuell über eine bis Ende 2012 befristeten Stellenetat von 80% für die Erstellung der biometrischen Pässe für Schweizer. Der Regierungsrat beantragte damals 110 unbefristete Stellenprozent dafür. Der Landrat bewilligte nur 80% und nur befristet, weil zuerst die Volumenentwicklung der neuen Päs-

se abgewartet werden sollte. Gemäss Auskunft aus dem Departement ist diese Auswertung noch nicht möglich.

Eine erneute Verschiebung des Stellenbegehrens bis auch die Situation um die Volumen der biometrischen Schweizer Pässe geklärt ist, wird in der Kommission im Verhältnis 3 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Da die Bewilligung für die 80 Stellenprozent für die Erstellung der biometrischen Schweizer Pässe bis Ende 2012 befristet ist, ist die Kommission einstimmig der Ansicht, dass die zusätzlichen beantragten 40 Stellenprozent unbefristet bewilligt werden können. Die Kommission wünscht aber auch hier, dass die ganze Situation im Passbüro möglichst rechtzeitig – deutlich vor Ablauf der Frist - wieder angesehen wird, um Härtefälle aufgrund der Befristung von Stellen zu verhindern.

### **2.3. Grundsätzliches Vorgehen für Stellenbegehren**

Die Kommission beschliesst, dass der Kommissionspräsident zusammen mit dem Departementsvorsteher Finanzen und Gesundheit und der Leiterin HA Personal & Organisation einen Vorschlag ausarbeitet, wie der Regierungsrat Stellenbegehren in der Zukunft beantragen könnte und wie diese Stellenbegehren in Zukunft in der Kommission behandelt werden sollen. Ideen dazu sind:

- Es soll möglichst die ganze Funktion beschrieben und behandelt werden und nicht nur die Veränderung.
- In der Kommission soll jeweils zumindest auch die/der entsprechende DepartementsvorsteherIn anwesend sein, um einfacher Fragen beantworten zu können.

Der Kommissionspräsident wird den Vorschlag an die nächste Kommissionssitzung bringen. Ebenso soll der Regierungsrat dann den vorgeschlagenen Ablauf diskutieren und gegebenenfalls genehmigen.

## Antrag

Die Kommission beantragt dem Landrat:

- die Erhöhung des Stellenetats im Dept. Bildung und Kultur fürs Stipendienwesen von 10 auf 60% **befristet** zu bewilligen. **Die Befristung dauert bis Ende 2012**. Eine Neubeurteilung soll möglichst früh geschehen um die Nachteile der Befristung fürs Personal möglichst klein zu halten.
- die Erhöhung des Stellenetats im Dept. Sicherheit und Justiz fürs Passbüro im Zusammenhang mit der Einführung der biometrischen Ausländerausweise um 40% unbefristet zu bewilligen. Eine Neubeurteilung im ganzen Passbüro (insbesondere für die bis Ende 2012 befristeten 80 Stellenprozent für die Erstellung des biometrischen Schweizer Passes) soll ebenfalls möglichst früh geschehen um auch hier die Nachteile der Befristung fürs Personal klein zu halten.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

**Landrätliche Kommission Finanzen  
und Steuern**



*Thomas Kistler, Niederurnen*  
Kommissionspräsident